

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/181

Bonn, den 24. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Sicherheit 51  
Ihre politische und militärische Komponente

2 - 3 Schlechte Zeiten für Verbrecher 97

Von Klaus Kühner, MdB,  
Berichterstatter des Bundes-Innenausschusses

4 Partner des Fortschritts 49  
"Counterparts" für kaufmännische Schulen in Entwicklungsländern

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Die gegebenen Garantien halten  
Außenpolitik nichts für Wahlkampfstimmung  
Neuer Bundesvorsitzender der Schlesier  
Kein Zurück in die Schützenlöcher des Kalten Krieges  
Haekkerup spricht zu den Vertriebenen  
Jetzt zwölf Spitzenpräferenzen am Zonenrand  
Vor 30 Jahren begann die Emigration  
Sudeten-Jahrbuch 1969  
Siebenbürgischer Autor aus Rumänien

\* \* \*

## Sicherheit

-----

### Ihre politische und militärische Komponente

sp - In diesen Tagen geht fast jedes politische Gespräch in der Bundesrepublik von der Frage aus, was geschehen könne oder müsse, um der Bundesrepublik Deutschland eine nach menschlichem Ermessen überschaubare Garantie für ihre Sicherheit zu bieten. Die Erfahrungen unserer jüngsten Geschichte sagen uns, daß die Bundesrepublik, auf sich allein gestellt, nicht in der Lage wäre, einem ernstem Angriff lange widerstehen zu können. Demzufolge konzentrieren sich alle Überlegungen auf die Frage nach der Festigkeit des Bündnisses, dem sich die Bundesrepublik Deutschland angeschlossen hat - die NATO. Einig ist man sich in allen demokratischen Parteien darüber, daß die NATO als **G a n z e s** funktionsfähig erhalten bleiben muß und daß es wenig sinnvoll wäre, würde man nur **e i n e n** Teil des Bündnisses stärken, nicht aber die Abwehrbereitschaft des **g e s a m t e n** Bündnisses. Auch hier gilt der Satz, daß eine Kette nur so stark ist, wie ihr schwächstes Glied.

Auf unsere Situation übertragen bedeutet dies, daß die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland unmittelbar davon abhängig ist, ob alle Bündnispartner gewillt sind, mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten, sowie entsprechend ihrer wirtschaftlichen Fähigkeit, jene starke Kette zu bilden, die notwendig ist, um im Ernstfall einer Zerreißprobe gewachsen zu sein.

Die finanziellen und militärischen Konsequenzen, die sich hieraus ergeben, müssen gemeinsam von allen Bündnispartnern gezogen werden. Der Versuch, Verpflichtungen nur auf einige wenige Partner abzuladen, würde zu einer psychologischen Belastung und damit zur Schwächung der Gemeinschaft führen und einem möglichen Friedenstörer Anreiz bieten, trotz aller Risiken für ihn selbst neue Unruhe zu stiften.

Wir glauben annehmen zu dürfen, daß auch dieser Grundsatz die gemeinsame Auffassung aller im Bundestag vertretenen Parteien ist.

Die Sicherheit eines Volkes oder mehrerer Völker ist aber im Zeitalter interkontinentaler Raketen und anderer schrecklicher Vernichtungswaffen nicht nur von der Anzahl der Divisionen oder deren Bewaffnung abhängig. Sicherheit oder Unsicherheit ist auch das Ergebnis einer klugen oder unklugen Politik. Auf die Bundesrepublik Deutschland angewandt heißt dies, daß politische und militärische Überlegungen zur Gewährleistung ihrer Sicherheit gleichzeitig und gleichwertig immer wieder zur Diskussion gestellt werden müssen. Wir wissen nur zu gut, daß unsere Sicherheit und auch die Sicherheit der Deutschen im anderen Teil unseres Vaterlandes in Zeiten der Hochspannung zwischen Ost und West ständig gefährdet bleibt. Reizzustände führen zu Krisen und aus Krisen können leicht Explosionen entstehen. Wir müssen daher unsere Politik auf die Verminderung von Reizzuständen und den Abbau von Spannungen konzentrieren.

Das ist nach dem militärischen Überfall auf die Tschechoslowakei durch die fünf Warschau-Paktstaaten gewiß nicht leicht; es stellt große Anforderungen an den Verstand und an die Nerven der Verantwortlichen der deutschen Politik. Trotzdem bleibt das ständige Bemühen um den Abbau von Spannungen bei gleichzeitiger Bereitschaft zur Verteidigung im Ernstfall die entscheidende Aufgabe der deutschen Politik. Ohne dieses Bemühen wird es keine Sicherheit geben und ohne die permanente Bereitschaft zum Abbau von Spannungen bleibt dem deutschen Volk diesseits und jenseits der Zonengrenze nur ein Abgleiten in hoffnungslose Unsicherheit.

## Schlechte Zeiten für Verbrecher

Von Klaus Hübner, MdB

Berichterstatler des Bundes-Innenausschusses

Verbrechensbekämpfung wird allgemein als eine Sache angesehen, die man den Kriminalisten überläßt. Ausgesprochen anregend und manchmal aufregend wird die Jagd nach dem Verbrecher, wenn man sich den Spaß im Fernsehkasten aus sicherer Distanz, bewaffnet mit Filzpantoffeln, ansehen kann. Für die Opfer von Straftaten wandelt sich der harmlose Spaß des Zuschauens allerdings immer sehr unversehens in die ungewollte aber betrübliche Rolle des Teilnehmers.

In der Innenpolitik des Bundestages gilt schon lange nicht mehr das passive Beobachten. Das ständige Absinken der Aufklärungserfolge durch die Kriminalpolizei hat zu beträchtlicher Aktivität im Bundesinnenministerium geführt. Allerdings mußte der mehrfache Anstoß dazu aus dem Bundestag kommen, der es in dieser Frage sehr ernst mit seiner Kontrolle der Bundesregierung genommen hat. Am 29. Juni 1965 wurde das Thema durch eine Kleine Anfrage der SPD auf die Tagesordnung gebracht. Damals eingeleitet mit Fragen nach der Personalnot im Bundeskriminalamt, den beängstigend schlechten räumlichen Verhältnissen bei dieser wichtigen Zentralstelle der deutschen Kriminalpolizei in Wiesbaden und dem Drängen auf Einführung der elektronischen Datenverarbeitung bei der Verbrechensbekämpfung, hat sich die Diskussion um die Lösung dieser Fragen bis heute ständig verdichtet.

In der Politik wurde rasch erkannt, daß die schlechten Aufklärungsergebnisse keinesfalls ihre Ursache in einem Versagen unserer Kriminalbeamten haben. Die Kriminalstatistik - mit allen ihren Fehlern - macht sehr deutlich, daß die Aufklärungen bei Kapitalverbrechen z.B. bei Mord und Totschlag sehr überzeugend, nämlich nahezu hundertprozentig sind. Hier ist die Chance des Verbrechens, nicht entdeckt zu werden, eigentlich gleich Null. Umgekehrt wird aber jeder Täter, der sich auf Diebstähle aus Kraftfahrzeugen spezialisiert hat, (oft die ermutigende Lehrzeit vieler Ganoven) mit einem Entdeckungsrisiko von weniger als 10 : 1 zu seinen Gunsten rechnen können.

Besondere Sorgen machen außerdem die zunehmenden Wirtschaftsdelikte. Das Verbrechen "mit dem weißen Kragen", nämlich betrügerischer Bankrott und die netten Spiele mit bis ins steuerfreie Ausland hinein verschachtelten Schein- und Betrugsfirmen, dazu das mit Fleiß betrügerisch gemolkene Subventionssystem (nicht nur) hierzulande, wird leider noch als ein Kavaliärsdelikt betrachtet. Wieviel Not und Kummer aber gerade dieses Verbrechen über unzählige andere bringt, wird gar nicht übersehen.

Kurzum, der auf Kapitalverbrechen angesetzte Kriminalist, etwa in einer Mordkommission, kann mit allen Feinheiten seiner Kunst auf die Fährte des Täters gehen. Gerade diese in Deutschland hoch entwickelte Kunst der Kriminalistik kapituliert aber vor den Eigentumsdelikten, die in Massen über die Gesellschaft und über eine Polizei herfallen, die weder personell noch methodisch darauf eingestellt ist. Selbst bei bekannten Berufsverbrechern ist die Polizei weithin machtlos, diese an der Fortsetzung ihres Handwerks zu hindern, nachdem eine bedeutende Liberalisierung des Strafprozeßrechtes dazu geführt hat, daß kaum noch ein auf frischer Tat gefaßter und bekannter Serieneinbrecher in Haft behalten wird, wenn er eine feste Wohnung hat, von der aus er seinem gewohnten Broterwerb nachgeht.

Jene erste Kleine Anfrage der SPD-Fraktion im Bundestag wurde von dem damaligen Bundesinnenminister Höcherl so diplomatisch wie unzufriedigend beantwortet. Erst als die SPD am 25. Januar 1966 mit 24 detaillierten Fragen nachstieß, erfolgte durch Minister Lücke nicht nur eine befriedigende Antwort, die nichts beschönigte, sondern hinsichtlich der Personalpolitik, der Baumaßnahmen und der beschleunigten Einführung des Computers beim Bundeskriminalamt kam Dampf unter die Kessel. Nach einem Antrag der SPD vom März 1966 berichtete Lücke 3 Monate später darüber, welche Maßnahmen im Interesse einer wirksamen Verbrechensbekämpfung zur Herstellung der vollen Arbeitsfähigkeit des Bundeskriminalamtes ergriffen werden. Im Mai und im Dezember 1967 wurde die Verbrechensbekämpfung in Deutschland auf Initiativen der SPD im Plenum des Bundestages erörtert. Dabei trat zutage, daß strukturelle und methodische Mängel die Arbeit der Kriminalpolizei nicht nur im Bundeskriminalamt behindern. Der Berichterstatter mußte z.B. beklagen, daß die Grenzen der deutschen Bundesländer zueinander zu Netzen geworden sind, in denen sich der verfolgende Polizeibeamte fängt, während der Verbrecher, an dem keine föderalistischen Zweifel nagen, unbehindert durch diese Maschen schlüpft.

Der Innenausschuß will seine Aktivität der letzten Jahre nun in einer öffentlichen Anhörung am 21. Oktober in Wiesbaden verdichten. Dieser zweifellos spektakuläre Schritt geht von der Erkenntnis aus, daß in der modernen Gesellschaft eine vorbeugende Abwehr des Verbrechens nur unter wacher Beteiligung des Bewußtseins der Bürger möglich ist.

Deshalb wird ein Referat des Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Paul Dickopf, über die moderne Erscheinungsform des Verbrechens der Auftakt zu einer breiten aber sehr gezielten Pächterung der Thematik sein. Die Innenminister von drei Bundesländern sind gebeten, über die Wirksamkeit eines geplanten Staatsvertrages Ausführungen zu machen, der die Ländergrenzen auch für den verfolgenden Polizisten durchlässig machen wird. Natürlich ergeben sich daraus neue Probleme der Koordination, die zu den schon vorhandenen hinzukommen. Also wird sich auch das Bundesinnenministerium durch den neuen Leiter der Abteilung Öffentliche Sicherheit, Ministerialdirektor Dr. Fröhlich, äußern müssen.

In der modernen Gesellschaft ist die Betrachtung der Bekämpfung des Verbrechens als Verfolgung begangener, besser noch: bekannt gewordener, Straftaten überholt. Der Vorbeugung muß das geballte Interesse gelten. Vorbeugen heißt aber auch, die Chancen für das Verbrechen mindern. Deshalb wird man Ausführungen über zeitgemäße Fahndungsmethoden neben solche über Zusammenwirken von Polizei und Justiz stellen. Nicht zu vergessen, das Anhören von Journalisten und Publizisten über die Möglichkeiten der Massenkommunikationsmittel bei der Verbrechensbekämpfung.

Überhaupt wird die Beteiligung der Öffentlichkeit an den Bemühungen des Innenausschusses den Ausschlag dafür geben, ob der Schritt gelingt, mit dem die Politik in das Bewußtsein der Gesellschaft eindringen will. Gelingt das Vorhaben, dann werden alle weiteren Vorhaben, die die Polizei selbst betreffen, fruchtbareren Boden finden. Dann gälte auch das Wort: Verbrechen lohnt sich nicht und das wären dann wiederum schlechte Zeiten für Verbrecher!

+ + +

### Partner des Fortschritts

#### "Counterparts" für kaufmännische Schulen in Entwicklungsländern

S.B. - Seit 1957 werden von der Bundesrepublik in vielen Teilen der Welt zur Facharbeiterausbildung Gewerbeschulen in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern eingerichtet und geleitet. Dagegen gibt es zur Zeit erst zwei mit deutscher Hilfe entstandene kaufmännische Schulen: Das College of Business Education Dar-es-Salam in Tansania und das Institut für Industrieverwaltung Kabul in Afghanistan. Die deutschen Lehrer sollen nach und nach vollständig durch einheimische Lehrkräfte ersetzt werden. Deshalb werden junge Ausländer, sog. Counterparts, in Deutschland auf ihre spätere Aufgabe vorbereitet.

Der Ausbildungsplan sieht ein sechsmonatiges Praktikum in deutschen Industriebetrieben vor. Daran schließen sich fachwissenschaftliche Vorlesungen und parallel dazu die pädagogische Ausbildung einschließlich Hospitationen und Lehrproben für die Dauer von vier Semestern an. Die Ausbildung schließt mit einer Staatsprüfung für Wirtschaftslehrer aus Entwicklungsländern ab und umfaßt eine schriftliche Hausarbeit, eine fachwissenschaftliche und eine pädagogische Prüfung.

Es hat sich gezeigt, daß die ganz anderen Stoffbereiche der kaufmännischen Schulen gegenüber denen gewerblicher, insbesondere das Fehlen des "Werkstückes" zur Veranschaulichung des Lern- und Lehrstoffes, Probleme aufwerfen, die in demselben Umfang bisher nicht aufgetreten waren. Es beginnt mit den Sprachschwierigkeiten, zumal die Counterparts des kaufmännischen Schulwesens eine wesentlich größere Sprachfertigkeit brauchen als die gewerblichen Counterparts. Vor allem kennt die "Fachsprache" eine Menge Begriffe, die in der Muttersprache des Counterparts nicht existieren. Deshalb ist es unerlässlich, daß die kaufmännischen Counterparts möglichst vor Aufnahme ihrer Studien in Deutschland einen größeren Betrieb in seiner Organisation und allen seiner Funktionen sowie im Produktionsablauf kennenlernen. Am besten ist es, wenn sie in mehreren Betrieben in möglichst vielen Sparten praktisch mitarbeiten können, damit sie später mit den an sie herantretenden abstrakten Begriffen einen konkreten Anschauungsinhalt verbinden können.

Von besonderer Bedeutung ist, daß vor der Entsendung der jungen Ausländer nach Deutschland ihr späterer Einsatz in Heimatland und ihre Besoldung befriedigend geregelt und sichergestellt sind. Eine ungelöste Frage oder eine nicht zufriedenstellende Lösung kann das psychische und sogar das physische Wohlbefinden des einzelnen bis zur Lernunfähigkeit mindern. Es dürfen ferner keine unerfüllbaren Erwartungen erweckt worden sein. Weitere Schwierigkeiten treten auf, wenn die Counterparts aus einem Entwicklungsland kommen, dessen Wirtschaftspraktiken nach englischen oder französischen Verfahren ausgerichtet sind.

Trotz solcher Schwierigkeiten sollte der eingeschlagene Weg fortgesetzt werden. Notwendig ist auch, neben den gewerblichen Schulen in Entwicklungsländern noch mehr deutsche kaufmännische Schulen zu errichten oder als Abteilungen bestehenden gewerblichen Schulen anzugliedern, was bis jetzt zu wenig geschieht.